

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 3/12

August 2012

13. Jahrgang

Um den Euro dreht sich alles, so schnell, daß einem ganz schwindlig davon werden kann und wir die *Stimme der Freiheit* vorziehen mußten. Alles läuft so ganz anders herum, als es den Menschen in Deutschland und Europa gut tun kann. Ohne Galgenhumor ist der Euro nicht mehr zu ertragen. Deshalb beginnen wir diesmal auch mit unserer Zeitung einmal anders herum, beginnen wir mit dem Schluß, beginnen wir mit:

Der politische Witz

Der Bürgermeister einer griechischen Stadt besuchte eine italienische Stadt und dinierte im Haus des dortigen Bürgermeisters. Der Grieche war sehr erstaunt über das prachtvolle Haus, das der italienische Kollege besaß und fragte, wie er sich von seinem Gehalt nur so ein Haus habe leisten können.

Der Italiener zeigte aus dem Fenster und sagte: „Siehst Du die Brücke da drüben? Die EU hat Geld für eine zweispurige Brücke gegeben. Wir haben die Brücke auf eine Spur verengt und eine Ampel dazu gebaut. Damit konnte ich mir das Haus leisten.“

Im folgenden Jahr besuchte der Italiener den Griechen und staunte nicht schlecht über dessen Landhaus mit goldenen Wasserhähnen, Marmorböden, teuren Gemälden und mehreren schnittigen Sportwagen in der Garage. Natürlich stellte der italienische Kollege die Frage: "Wie hast Du denn das geschafft?" Der Grieche zeigte aus dem Fenster und fragte: „Siehst Du die Brücke da drüben?“ – „Welche Brücke?“

Politischer Witz? Wir wollten, es wäre nur ein Witz! Griechenland ist nicht zu retten, weil es für die Rückzahlung unserer Gelder, die Deutschland nach Griechenland pumpt, über keinerlei nennenswerte Steuereinnahmen verfügt. Eine griechische Steuerprüfung z. B. verläuft wie folgt: 40 Prozent des Steuerbetrags behält der griechische Unternehmer, den gleichen Betrag streichen die korrupten Finanzbeamten zusätzlich zu ihrem Gehalt ein, die verbleibenden 20 Prozent erhält der Staat. Leider kein Witz, sondern Realität!

Schon Otto von Bismarck lehrte nicht nur die Griechen: „Bei schlechten Beamten nützen uns die besten Gesetze nichts.“

Der Vorsitzende der griechischen Partei *Wiedergeburt*, Thanos Tzimeros schrieb an Bundeskanzlerin Merkel: „Wenn ich Sie wäre, würde ich sagen: Laßt dieses schreckliche Land zur Hölle fahren... Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen, Griechenland aus der Krise zu helfen, aber wie man jeden Tag feststellen kann, führen die Bemühungen zu keinem Ergebnis, solange die Ursachen nicht angegangen werden: die Korruption, die Verschwendung... Verpflichten Sie diese Politiker, endlich etwas zu ändern. Geben Sie ihnen sonst keinen Euro mehr – **sie werden ihn stehlen!**“ Diesem ehrlichen Mann kann man nur zustimmen!

Liebes Griechenland: Es ist längst an der Zeit „Danke“ zu sagen, statt eure Helfer als Nazis zu beschimpfen. Euer kleines Griechenland hat bis Mitte 2012 mehr als 460 Milliarden Euro an Hilfen und Krediten erhalten. Gemessen am deutschen Nationaleinkommen der fünfziger Jahre sind das 116 Marshall-Pläne, nur mit dem feinen Unterschied, das das „dumme“ Deutschland seine Aufbau-Hilfen zurückzahlte, während die „schlaunen“ Griechen alles Geld in den Taschen der politischen Parteien, der Banken und ihrer korrupten Verwaltung verschwinden lassen.

Sagen wir es mit den Worten des preußischen Philosophen Kant: **Es reicht!**

„Griechenland ist das einzige Beispiel eines Landes, das seit den Tagen seiner Geburt im totalen Bankrott lebt“, so der französische Schriftsteller Edmond About bereits im Jahre 1858. Und *Meyers Konversationslexikon von 1905, Band 8, Seite 310*, ergänzt: „Die griechischen Finanzen befanden sich stets in einem bedenklichen Chaos, dessen Ordnung nie gelungen ist.“ Unsere Politiker schröpfen uns schlimmer als eine Besatzungsmacht und schieben den Griechen weiterhin unser sauer verdientes Geld zu. Und was tun die Griechen? Nun, statt Reue zu zeigen, spielen sie ein falsches Spiel: Die griechische Polizeigewerkschaft fordert, Haftbefehle gegen die griechischen Beamten auszustellen, die die von der EU und dem Internationalen Währungsfonds geforderten Sparmaßnahmen umsetzen! **Es reicht!**

Andererseits ist die Reaktion der griechischen Polizeigewerkschaft vor dem Hintergrund der verfehlten EU-Politik zu verstehen: Der Verbleib im Euro nützt einzig und allein den griechischen Milliardären, diesen „Eliten“, die bis heute 600 Milliarden Euro außer Landes geschafft haben. Für die kleinen Leute ist der Verbleib im Euro eine apokalyptische Plage. Der Euro ist für die armen Griechen zu einer schweren Last geworden. Hungernde Rentner durchwühlen die Mülltonnen auf der Suche nach Essbarem. Von einer Rückkehr zu einer eigenen Währung würden die kleinen Leute profitieren, die reichen griechischen Steuerhinterzieher hingegen würden unter der abgewerteten Währung Verluste erleiden. Aber es geht der EU nicht um die Menschen! Vielmehr versucht die EU, und hier vor allem Frankreich, das Geld ihrer Banken zu schützen durch Ausbeutung der europäischen Völker!

Doch wieder schützt das „EU-Zentralkomitee“ nur die Reichen. Die Behandlung Griechenlands durch die EU, der gleichsam diktatorische Zwang im Euro zu bleiben, sollte uns nachdenklich stimmen: Wird man eines nicht fernen Tages, wenn wir unbelehrbaren Deutschen für unsere vorgeblichen Freunde uns bis über beide Ohren verschuldet haben, dann nicht auch uns bis auf die Knochen ausplündern wie schon mit dem Versailler Diktatfrieden von 1919. Werden die Kapitalisten und die ausländischen Nationalisten in der EU-Kommission unser Volk erneut in die Armut treiben? Will man, daß sich Geschichte wiederholt? Will man Deutschland, wie schon 1914 bis 1945 im „Dreißigjährigen Krieg“ (Churchill) erneut wirtschaftlich vernichten, weil das bisher trotz aller Ausbeutung und „Wiedergutmachung“ nicht geklappt hat? Nun, danach sieht es im siebten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg aus:

ESM – Das Ermächtigungsgesetz zu grenzenloser Schulden-Macherei

Am 29. Juni 2012 hat das Parteienkartell aus CDU und SPD, FDP und Grünen gemäß den Artikeln 53 und 107 (die „Feindstaatenklausel“) der UNO-Charta gehandelt und auf latente Anweisung der Siegermächte hin die letzten Reste unserer Souveränität gekippt und das Grundgesetz in wesentlichen Teilen außer Kraft gesetzt. Verantwortungslos gegenüber Volk und Vaterland sind die Putschisten im Bundestag vor dem Ausland eingeknickt. Sie haben mit Zweidrittelmehrheit die Finanzhoheit der Bundesrepublik ausgehebelt und für alle Zukunft auf die Königsdisziplin der Abgeordneten, das Budget- bzw. Haushaltsrecht, verzichtet.

Nein, das ist keine Dolchstoß*legende*: Ausgerechnet das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen warnte die deutschen Abgeordneten davor, beim Einsatz der Rettungsmilliarden ein Wort mitreden zu wollen (PAZ vom 14.04.2012). So sollten durch einen gemeinsamen Maulkorberlaß von SPD und CDU aufbegehrende Abgeordnete mundtot gemacht werden. Doch es gab Widerstand. Daraufhin Rückzug. Dazu der Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, Peter Altmaier: Es habe sich nur um einen „Ersten Entwurf“ gehandelt! Was erwartet uns nun als zweiter Entwurf? Das Ende der Meinungsfreiheit auch im Bundestag?

Die bei Zahlungsausfällen von Banken und Euro-Staaten im Europäischen „Rettungsschirm“ (ESM) vorgesehenen Zahlungen Deutschlands sind der schwerste Verfassungsbruch seit Anbeginn der Republik. Sollte das Bundesverfassungsgericht am 12. September auch nur in Teilen dem ESM-„Vertrag“ zustimmen, sind ab 2013 alle Deutschen nur noch die Sklaven Europas und im wahrsten Sinne des Wortes grenzenloser Ausbeutung preisgegeben.

Die Verfügungsgewalt über alle deutschen Steuereinnahmen obliegt nun nicht mehr dem Deutschen Bundestag, sondern einem nicht abwählbaren ESM-Gremium! Die Direktoren (Geschäftsführer) und die Gouverneure (Aufsichtsräte) haben ein umfassendes Schweigerecht, auch allen demokratischen Organen gegenüber. Und wie Diktatoren sind sie immun gegen jede Rechtsverfolgung! Anders als vom Medienkartell nach außen dargestellt, ist der ESM volumenmäßig nicht beschränkt. Über ein sogenanntes „Aufgeld“ darf vom Direktorium ein „unlimitierter Geldbetrag“ von jedem vom Direktorium als zahlungsfähig eingestuften Mitglied (vor allem also von Deutschland) ohne Zustimmung der nationalen Parlamente jederzeit eingefordert werden. Zudem ist der ESM-Vertrag unkündbar! (Skandalös!)

Der deutsche Bundestag hatte seiner Selbstentmachtung noch nicht zugestimmt, da senkte der französische Präsident schon das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre. Wie schrieben einst französische Zeitungen? „Der Euro ist ein zweites Versailles. Deutschland wird zahlen!“

Der ESM, von der FBU auch *Europäischer Schulden-Mechanismus* genannt, soll unsere Steuern nicht nur an das Ausland, sondern ohne jede Auflage auch direkt an Banken zahlen dürfen! Fakt ist: Auch gegen die Stimme Deutschlands sollen sich die Nehmerländer und ihre Banken bei uns frei und unbegrenzt bedienen dürfen, so das Vertragswerk.

Das größte Ermächtigungsgesetz der Weltgeschichte, die ESM-Diktatur hat begonnen!...

Die Euro-„Rettungsschirme“ bestehen immer aus zwei Teilen. Die Geberländer, insbesondere Deutschland, zahlen, und die anderen sparen. Nachdem die neue DDR (die *Dumme Deutsche*

Republik) aber, wie bisher immer, gezahlt hat, wurden und werden die Sparauflagen der Verträge von den Empfängern einseitig außer Kraft gesetzt und die große Sause wird auf unsere Kosten völlig hemmungslos fortgesetzt, so als ob nichts wäre.

Bürger auf die Barrikaden! Laßt uns unsere Kohle nicht an ganz Europa verschenken, sondern selbst verprassen: für Rente mit 60, für neue Straßen, bessere Bildung, höhere Löhne... Denn pleite gehen wir so oder so! Also laßt uns bis dahin noch einmal gut leben, auf Pump und auf fremder Leute Kosten, so wie es uns die Südländer vormachen. Kein Wunder, dass sie in Saus und Braus weiterfeiern wollen. Doch wir Deutschen sollten nicht ständig Parasiten durchfüttern, von denen jeder danach trachtet, die Deutschen für sich schufteten zu lassen.

Marschieren bis zum Endsieg! - oder: Haben Sie schon Gold gekauft?

Die erste US-Ratingagentur Egan Jones hat die deutsche Bonität herabgestuft! Der Schweizer Vermögensverwalter Felix Zulauf: „Für Deutschland hat die Währungsunion mittlerweile die Sprengkraft der Reparationszahlungen aus den Versailler Verträgen nach dem Ersten Weltkrieg.“ Am 3. Oktober 2010 zahlte Deutschland mit 200 Millionen Euro die letzte Rate aus dem Versailler Diktat an Reparationen für den *Ersten* Weltkrieg. Aber das sollte nicht der letzte Coup unserer europäischen „Freunde“ gewesen sein, wie unser Finanzen-Zerrüttungsministers Wolfgang Schäuble auf dem European Banking Congress am 18.11.2011 in Frankfurt klarstellte: „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen!“

Wie lange wollen wir unsere Zukunft und die unserer Kinder eigentlich noch von den Siegermächten wegen 12 Jahren Hitler diktieren lassen? - Frau Merkel in der Tagesschau am 06.02.2012: „Wir tun das alles aus historischer Verantwortung“. Zwei verlorene Weltkriege reichen unserer „Elite“ offenbar nicht. Nun sollen wir Deutschen offenbar schon wieder all' unseren Besitz verlieren. Der ehemalige BDI-Chef Hans Olaf Henkel am 25.01.2012 bei *Focus online* über die „Feigheit der deutschen Eliten“: „Die Politik wird den Euro über Wasser halten, koste es die Deutschen, was es wolle. Unsere Politiker sind unfähig, einen Fehler zuzugeben, und werden bis zum bitteren Ende weitermarschieren. Das haben wir in der deutschen Geschichte schon zweimal erleben müssen...“

In diesem Sinne äußerte vor längerer Zeit schon Ex-Regierungssprecher T. Steg: „Europa kann uns gar nicht teuer genug sein.“ Und anlässlich der Feierlichkeiten zum Fall der Mauer stieß Kanzlerin A. Merkel ins selbe Horn: „sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es was es wolle.“ Und es kostet: Griechenland wurde mit Geld zugeworfen, nur um Frankreichs Banken zu retten, die sich sonst mit 35,5 Milliarden Euro in Griechenland verzockt hätten.

Der Präsident des Europäischen Steuerzahlerbundes *Rolf von Hohenhau* in *merkur-online*: „Das Ganze hat mittlerweile derart gigantische Dimensionen angenommen, daß die Politik nicht mehr fähig ist zu handeln... Hätte man Griechenland vor zwei Jahren aus dem Euro gelassen, wäre das Risiko bei etwa 78 Milliarden Euro gelegen. Das wäre durchaus verkräftbar gewesen. Heute stehen insgesamt Billionen-Summen auf dem Spiel...“

Und so heißt es wieder, unausweichlich wie schon nach den beiden letzten Weltkriegen: „Die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Staatsbankrotts wächst“ (Hans-Werner Sinn, Chef des Ifo-Instituts). Auch *GLOBALCAPITAL*, der Schweizer Prognose- und Analysedienst aus Kreuzlingen, sagt den Kollaps des Euro-Währungssystems voraus und behauptet, daß die Vorbereitungen der Deutschen Bundesbank für die Einführung der NDM, der Neuen Deutschen Mark, schon seit längerer Zeit abgeschlossen seien.

Muß Deutschland sterben, damit Europa leben kann?

Und wieder scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Die EZB hat den Kampf gegen die Inflation und für einen stabilen Euro aufgegeben. Um die Zinszahlungen für die Pleitestaaten moderat zu halten, hält sie die Zinsen künstlich niedrig. Deshalb, und um die Konjunktur anzukurbeln, hat die EZB am 21.12.2011 489,2 Milliarden Euro und am 29.02.2012 noch einmal 530 Milliarden Euro (jeweils zu nur einem Prozent Zinsen!) an 523 teilweise marode Banken verliehen, die als „Sicherheiten“ sogar Schrottpapiere hinterlegen durften. Im März 2012 folgten noch einmal 361,7 Milliarden, davon alleine 227,6 Milliarden an spanische Banken. Doch Zinserträge unter der Inflationsrate verdampfen das Volksvermögen. Die Sparer haben von Jahr zu Jahr weniger statt mehr an Kaufkraft. Und diejenigen, die ihre Rente selbst ersparen müssen, die Leistungsträger der Nation, die Freiberufler, Selbständigen und Kleinunternehmer, sie müssen um ihre Rente bangen. Ihre einst in vermeintlich „sicheren“ Staatsanleihen angelegten Altersrücklagen werden durch Wertlosigkeit eingeschrumpft.

Und nun schöpfen aus diesen Rücklagen auch noch die Schuldenstaaten wie Griechenland... Weil das alles noch nicht reicht, wurden still und leise über bereits gewährte Geheimkredite hinaus neue Milliarden bereitgestellt. Zum Beispiel 150 Milliarden Euro für den Internationalen Währungsfonds, von denen alleine Deutschland 40,5 Milliarden Euro schultern muß!

Mit Volldampf in die Inflation.

Es ist Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB), Inflation zu verhindern. Doch selbst die Beschäftigten der EZB glauben nicht mehr, daß ihr Arbeitgeber die Inflation verhindert. Die Arbeitnehmervertreter der EZB fordern deshalb, die Pensionen der EZB-Mitarbeiter mit einem Inflationsschutz zu versehen. Peinlicher geht es nicht mehr. Ha, ha! Die Reputation der EZB als Hort der Stabilität ist vollends dahin.

Auf die große Geldentwertung spekulieren unsere „Freunde“, die auf Kosten der Deutschen leben. Durch die Inflation entschulden sie sich, während wir fleißigen Deutschen die Opfer der Verarmungskrise sind und wir die Erträge unserer Arbeit, unsere Altersrücklagen und unsere Ersparnisse verlieren. Schon jetzt liegt die wahre Inflation mit jährlich 3,5 Prozent (Mai 2012) über der amtlichen mit 1,7 Prozent (Wirtschaftsinformationsdienst „Preiszeiger“), wie es nicht nur alle Rentner spüren, die ständig ärmer werden. Entgegen aller Lügen unserer Politiker hat Deutschland vom Euro nicht profitiert, stattdessen steigt die Abgabenlast der Deutschen unter der ESM-Finanzdiktatur ins Unerträgliche.

„Die Währungsunion ... ist gescheitert. Jetzt beginnt die Sozialisierung der Schäden.“ (Prof. Karl Albrecht Schachtschneider). Und wer die Zeichen der Zeit erkennt und etwas ändern will, der wird gnadenlos gegangen, wie unser Bundespräsident Herr Köhler nach seinen Zitaten: „...Die Welt darf nicht vom Geld regiert werden... Wir werden eine Ordnung in Freiheit nur bewahren können, wenn der Staat den Kampf gegen das große Geld aufnimmt – und gewinnt.“ Und schon hatte Köhler verloren...

Einst fürchtete man, die Welt solle genesen am deutschen Wesen. Trotz zweier verlorener Weltkriege leiden unsere Abgeordneten an noch nie dagewesener, grenzenloser, ja, schon krankhafter Selbstüberschätzung, soll doch nun schon wieder die ganze Welt an Deutschland genesen, doch diesmal nicht am deutschen Wesen, sondern am deutschen Gelde!

Wir Deutschen wollen nicht länger die Rechnungen für Dinge bezahlen, die andere gekauft haben! Wir fordern statt der sattsam bekannten „Rettungsschirme“ für andere Länder die Lösung unserer eigenen Probleme, z. B. einen Rettungsschirm für die überschuldeten Kommunen, einen Rettungsschirm für die Leiharbeiter, die Rentner, die Obdachlosen,...

„Gesucht, tot oder lebendig: Hans Eichel, - Ex-Bundesfinanzminister“

So würde in den USA plakatiert werden. Hans Eichel, gesucht von den um ihr Ersparnes betrogenen Rentnern. Der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel rief im Mai 2010 im *Handelsblatt* den (Klein-)Anlegern zu: „Ich kaufe zum ersten Mal in meinem Leben Staatsanleihen – und zwar griechische“, um wenig später zynisch einzuräumen, daß er gar keine gekauft habe, weil: „Die Bedingungen waren nicht erfüllt.“

Ja, „unsere“ Politiker, die außer Vernunft alles annehmen; sie zögern nicht, ihre Mitmenschen zu belügen und zu betrügen, daß sich die Balken biegen. Sie zögern nicht, in völliger Ignoranz der erlebten Geschichte unserer Vorfahren, in Unkenntnis jeglicher wirtschaftlicher Zusammenhänge und in grenzenloser Selbstüberschätzung unser hart erarbeitetes Geld zu verschleudern!

Merkt euch ihre Namen für die Zeit, wenn sie wieder einmal an uns appellieren, daß wir unser Land wieder aufbauen sollen... Schreibt euch ihre Namen auf für die Zeit, die nach ihnen kommt, damit sie dann für ihr verantwortungsloses Handeln nach § 266 Strafgesetzbuch wegen Staatsuntreue angeklagt und zur Rechenschaft gezogen werden!

Wir erinnern uns: Ständig verspricht Bundeskanzlerin Merkel, das es keine Euro-Bonds zur Vergemeinschaftung der Schulden unter den EU-Ländern geben werde. Aber bereits am 21. Mai 2012 wurden sogenannte „Euro-Projekt-Bonds“ in einer ersten Tranche über 230 Millionen Euro eingeführt. Warum belügen uns Merkel und das deutsche Medienkartell?

Wir erinnern uns: Ebenfalls versprach Bundeskanzlerin Merkel, das es keine dauerhaften „Rettungsschirme“ geben werde und schon gar nicht die Finanzierung ausländischer Staatshaushalte mit deutschem Geld. Schamlos hat sie uns belogen – und wer bloß wählt sie immer noch? Warum aber belügt sie uns immer noch? Damit die Griechenland-„Anlagen“ und andere leidenden Kredite aus den Büchern der zockenden Banken ausgebucht und den deutschen Steuerzahlern aufgebürdet werden können!

Frau Merkel, das ist Betrug am eigenen Volk, das ist strafbare Staatsuntreue!

Wenn Griechenland „untergeht“, dann „platzen“ die Bürgschaften. Dann müssen die deutschen Steuerzahler - und letztlich natürlich auch die Hartz-IV-Empfänger – mindestens 80 Milliarden Euro zahlen. Aber woher? Die Bilanz eines jeden Unternehmens weist Rückstellungen für Risiken aus, nicht so der Bundeshaushalt, der eines Tages alles zahlen soll. In der freien Wirtschaft würde so ein Verhalten die Staatsanwaltschaft auf den Plan rufen.

Wir fordern: Schluß mit der Schuldenunion! Weg mit dem ESM! Fegt die ESM-Befürworter aus dem Bundestag! Wir fordern, möglichst vor dem Staatsbankrott, eine Endreinigung zur Rettung unserer Demokratie! Unterstützen Sie die Wählergemeinschaft gegen Wahnsinn und Finanz-Diktatur, die Freie Bürger Union (FBU), Tel. 06898-6940655, Großstr. 3, 66740 Saarlouis und die Zivile Koalition e. V. (Zionskirchstr. 3, 10119 Berlin, Tel.: 030-88001398). - Deutschland ist tief gesunken, aber noch kennen sich die Deutschen aus mit Kämpfen ihres Vaterlandes.

Hauptstadt der Gewalt

In der Vorweihnachtszeit im Jahre 2010 riefen die Autonomen und Linken mit ihren volksverhetzenden Parolen wieder zur Gewalt auf. In einem auf plumpe Gewaltanwendung abstellenden „Song“ der linksradikalen Liedermacher, hier der Gruppe „Slime“ (Schleim), heißt es: „Dies ist ein Aufruf zur Gewalt. Bomben bauen, Waffen klauen, den Bullen auf die Fresse hauen. Haut die Bullen platt wie Stullen. Stampft die Polizei zu Brei. Haut den Pigs (Schweinen) die Fresse ein. Nur ein totes ist ein gutes Schwein.“

Die Zeitschrift „Interim“ gar darf unter dem linken Bürgermeister Wowereit ihre Leser ungestraft zur Gewalt auch gegen ausländische Touristen aufrufen, z. B. zur „Antitourismuskampagne 2011“: „Geldbörsen und Handys klauen, Autos anzünden, Hotels einwerfen, Müll verursachen, Touri-Busse bewerfen“.

Obwohl die linksterroristischen Gewaltakte bundesweit um fast 70 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben (Brandanschläge auf Autos, Brutalität gegen Polizisten), schauen nicht nur Wowereit und seine SPD seit Jahren den Ausschreitungen in der „Hauptstadt der Gewalt“ tatenlos zu. Auch das Bundesverfassungsgericht konnte in dem Lied „Deutschland muß sterben“ der oben erwähnten Gruppe „Schleim“ keine Verunglimpfung des Staates sehen.

Am 26. November 2011 wurden bei einer Anti-Nazi-Demo der linksextremen Antifa von den Rotfaschisten türkische Geschäfte, Klubs und Teehäuser angegriffen. Deutsche Polizeibeamte, die die türkischen Einrichtungen schützen wollten, wurden mit Steinen und Flaschen beworfen und teilweise schwer verletzt. Man tut sich schwer, hier noch einen Unterscheid zwischen braunen und roten Faschisten wahrzunehmen. Es ist an der Zeit, die Antifa, die immer häufiger gegen Bürger gewalttätig agiert, endlich als verfassungsfeindlich zu verbieten.

Die Zunahme linksterroristischer Gewaltakte kann noch einem anderen Phänomen zugeschrieben werden. Die Gestapo der DDR, die Stasi, hat Unterschlupf beim Verfassungsschutz gefunden. So wusste die Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 31.01.2012 mitzuteilen: „Potsdam, jeder dritte Staatsschützer in Brandenburg war einst ein Stasi-Mitarbeiter... Die meisten Ex-Stasi gehören nun dem gehobenen Dienst an.“

Auf dem linken Auge blind, wühlen unsere Politiker und Verfassungsschutzbehörden mit wahrer Begeisterung im „braunen Sumpf“ der Republik wie manche jungen Erdenbürger im Schlamm und verpassen in Ermangelung echter Verfassungsfeinde keine Gelegenheit, sich der Lächerlichkeit preiszugeben. So stehen schon seit längerer Zeit Autokennzeichen im Visier brauner Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung. Buchstabenkombinationen wie „KZ“, „NS“, „SA“, „SS“, „AH“ und „HJ“ werden deshalb nicht ausgegeben. In Bayern ist nun auch „HH“ verboten, weil es für „Heil Hitler“ stünde.

Unser Rat: Die Bürger aus Hamburg mit dem Autokennzeichen „HH“ sollten auf ihrer Reise nach Italien Bayern weitläufig umfahren, damit ihrer Urlaubsreise nicht vorzeitig ein Ende findet. Wer kann heute schon mit Sicherheit sagen, wie viele Hanseaten wegen ihrem Hamburger Gruß „HH“ bei ihrer Durchreise nach Italien verhaftet werden, um anschließend in einem ungemütlichen Vernehmungszimmer des Bayerischen Verfassungsschutzes zu landen statt in ihrem sonnigen Urlaubsdomizil.

Deshalb rät die FBU allen mehr oder weniger verirrten Anhängern von Diktatoren und anderen politischen Verbrechern zu dem unverfänglichen Autokennzeichen „MF“ für „Mein Freund“ oder „Mein Führer!“ Wir Deutsche sind doch so beliebt wegen unserer multikulturellen Einstellung. Mit dem Kennzeichen „MF“ können auch Sie ein interkulturelles Zeichen setzen. Schließlich gibt es noch genügend Verirrte, die auch Verbrechern wie Lenin, Mussolini, Churchill, Tito, Napoleon, Mao, Stalin oder gar Honecker nachtrauern. Ihnen allen kann geholfen werden. Mit dem Autokennzeichen „MF“ kann jeder seinem „Lieblingsführer“ ein unverfängliches Denkmal setzen!

Der Mindestbeitrag beträgt jährlich 12 € ab dem Jahr 2013

Am 21. April dieses Jahres fand die **Landesversammlung** der FBU-Saar statt. Verabschiedet wurde eine Anpassung des Mindestbeitrages von jährlich 10 € auf jährlich 12 € ab 2013.

Die Landesversammlung begann mit einem Sektempfang. **Dann wurde der Vorstand gewählt:** In das Amt des Landesvorsitzenden wurde Reinhold Rupp (der verantwortlich für die *Stimme der Freiheit* zeichnet) gewählt, Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Tel.: 06831-3554. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Detlef Klicker gewählt. In der Schatzmeisterei wurde T. Beer in seinem Amt bestätigt. Zum zweiten Schatzmeister wurde E. Friedrich gewählt. Zu Landesschriftführern wurden gewählt: O. Best und P. Brill. Beisitzer im Landesvorstand sind B. Drescher, E. Kirsch und M. Döhring.

Mit dem Leistungsabzeichen vom *Rat der nationalen Leistungsträger*, der *Fanfare der Freiheit* in massivem Silber, wurden Herr Beer und Herr Enders ausgezeichnet, wobei Herr Enders bereits mit der zweiten von drei möglichen Fanfaren geehrt wurde. Die Laudatio hielt der Organisations- und Wahlkampfleiter der FBU, Herr H. Kirsch.

In seinem Rechenschaftsbericht betonte Reinhold Rupp das unermüdliche Engagement der Mitglieder. Dank ihrer gut besuchten Bürgertreffen und vieler Aktionen hat die FBU an der Saar mittlerweile fast 300 Mitglieder, aber auch dank der Tatsache, daß einfach die Chemie stimmt. Der Bundesvorsitzende, Herr Klicker, überbrachte der FBU-Saar Geburtstagswünsche zu ihrem 20jährigen Bestehen. Er führt das Wachstum der FBU auf den von Achtung geprägten Umgang miteinander zurück: „Man muß sich nicht lieben, aber wir arbeiten gemeinsam und mit Begeisterung für mehr Demokratie und für ein menschlicheres Deutschland.“

Um 19 Uhr fuhr die FBU-Saar das Abendessen auf: Schweinemedallions in Pfefferrahmsoße und Burgunderbraten in Rotweinsoße sowie eine Runde Getränke für alle Anwesenden.

Außerdem fand zur Finanzierung unseres Kommunalwahlkampfes in Völklingen (im Frühjahr 2014) eine Versteigerung teilweise sehr wertvoller Gegenstände statt. Eine gut bestückte Tombola mit Gratislosen und tollen Preisen rundete den Abend ab.

Am 1. Mai richtete der Kreisverband Völklingen seinen jährlichen **Auto-Korso** aus, der durch die Stadt führte und bei der Bevölkerung wieder für viel Aufsehen sorgte. Am 14 Juni zeigte die FBU-Völklingen auf der Stadtratssitzung Präsenz und setzte sich zusammen mit den Bürgern erfolgreich ein für die Beibehaltung des Namens **Hermann-Röchling-Höhe**. Vom 20.-22. Juni fand im Hotel Maldix in Nalbach eine Strategietagung für den **Kommunalwahlkampf** im Frühjahr 2014 statt. Gratulation auch an den **Bürgerstammtisch** in Püttlingen, der am 4. Juli erstmals von 17 Bürgern besucht wurde!

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für Mitglieder, Freunde und Gäste)

- Kreisverband Saarbrücken: **Dienstag, den 28.08.2012** und am **Di., dem 16.10.2012** um 19 Uhr im Hotel Sassenberger (Tel. 0681-814719), Kaiserstr. 99, Saarbrücken, Ortsteil Scheidt. Parkplätze hinter dem Hotel. Ansprechpartner: A. Braun, Tel. 0681-817312.
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Montag im Monat** außer feiertags, 19 Uhr im Café Stormwind (Tel. 06831-5121), Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf mit Herrn R. Rupp, Tel. 0175-3428196.
- Kreisverband Völklingen: der **1. Mittwoch im Monat** außer feiertags, 19.30 Uhr im **Trimm Treff** (Tel. 06806-920803) beim Hallenbad Püttlingen, Kontakt: E. Kirsch, Tel. 0177-2153613.
- Kreisverband St. Ingbert: **Dienstag, den 14.08.2012** und am **Dienstag, dem 02.10.2012** im Bergmannsheim St. Ingbert (Tel. 06894-966578), Neue Bahnhofstr. 15, um 19.30 Uhr.
+++ Auch Treffpunkt der Jugend, Ansprechpartner Elias Friedrich, Tel. 0176-70582864.

Kein Witz!

Demnächst wohl auch in Deutschland? - In Griechenland müssen Personen, die eine Strafanzeige machen, vorab 100 € bezahlen und zwar auch dann, wenn sie vorher ausgeraubt wurden. Allerdings sind Mordopfer von der Bezahlung der Gebühr befreit!

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

Heimseite, auch Bundesangelegenheiten: www.-saar-fbu.de,

V.i.S.d.P.: Reinhold Rupp, Chefredakteur, Mail-Adresse: reinholdo1@gmx.de

Anschrift: FBU, Reinhold Rupp, Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon: 0175-3428196, Fax: 06831-3554

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 700

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

Bankverbindung: FBU Saar, Sparkasse Saarbrücken, Konto Nr.: 29012655, BLZ: 59050101.

Redaktionsschluß für die *Stimme der Freiheit* 4/12 ist der 20.10.2012